

**Bezugspreis:**  
Hauptstadt, 10.- M., monatlich 10.- M.,  
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-  
bezug: Monatlich 10.- M., erst im  
Bezugsgebiete Unter Kreuzband für  
Deutschland und Österreich 18.50 M.,  
für das übrige Ausland bei täglich  
einmal Zustellung 21.50 M. Postbe-  
reitungen nehmen an Österreich,  
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-  
mark, Holland, England, Schweden  
und die Schweiz. - Eingetragen in  
die Postzeitungs-Verzeichnisse.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Welt und Zeit“ und der Un-  
terhaltungsbeilage „Heimwelt“ erscheint  
wöchentlich zweimal, Sonntags und  
Montags einmal.  
Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Die achtspaltige Rampenzeile  
kostet 2.- M. Teuerungszuschlag 50%.  
„Kleine Anzeigen“ das fest-  
gedruckte Wort 1.- M. (zuzüglich zwei  
freigebrachte Worte). Jedes weitere  
Wort 50 Pfg. Stellungs- und  
Schließzeilenanfragen das erste Wort  
50 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg.  
Worte über 15 Buchstaben zählen für  
zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%.  
Familien-Anzeigen für Abonnenten  
Reile 2.- M. politische und gemein-  
schaftliche Vereins-Anzeigen 2.- M.  
die Reile ohne Zuschlag.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 5 Uhr nachmittags im  
Postamt Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Gebühren  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Verantwortlicher: Amt Marienplatz, Nr. 15190-15197

Sonnabend, den 12. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3  
Verantwortlicher: Amt Marienplatz, Nr. 11753-54

## Vom preussischen Wahlkampf.

### Am Tage nach der Wahl.

Der Abgeordnete Dr. von Richter (Dlisch, Volkspartei) erklärte in der Sitzung der Preussischen Landesversammlung am 27. März 1920 u. a. folgendes:

Ich bin nun, wie gesagt, äußerst gespannt, wie dieses par-  
lamentarische System, aufgebaut auf diesen doch immerhin  
einigen ungenügenden und neuen Grundfragen, sich be-  
währen wird. Ich kann mir das eigentlich nur so vorstellen, wenn  
drei so heterogene Elemente sich zusammenschließen, doch entweder jeder  
auf das verzichtet, was ihm das grundsätzlich Wichtigste er-  
scheint, und daß man sich auf eine farblose Mitte, auf einen  
Wischmatsch einigt, bei dem keiner befriedigt wird. Das ist wohl  
möglich in einer Zeit während des Krieges, z. B. in England oder  
Frankreich, wäre auch bei uns möglich gewesen, wo es sich ledig-  
lich darum handelte, das Volk in dem Kriege zusammenzuhalten, wo  
jede positive Arbeit unterbleibt. Aber das ist doch auf die Dauer  
nicht möglich in einer Zeit, wo gerade die Revolution damit  
begründet wird, daß nun gewisse ganz unaufschiebbare Reformen  
eingeführt und durchgeführt werden müssen. In dieser Zeit ist doch  
nicht denkbar, daß wir eine Regierung haben, die in allen wichtigen  
Beziehungen auf energische Betätigung dessen, was sie will, ver-  
zichtet. Wir halten daran fest, nach wie vor eine liberale, aber  
keine demokratische Partei zu sein.

Man darf daran erinnern, daß die Deutsche Volkspartei nach  
dem 6. Juni 1920 vor der Sozialdemokratie auf den Anien  
rückte, um sie zu veranlassen, mit ihr in die Regierung einzu-  
treten. Die Sozialdemokratie lehnte dies ab, weil die Deutsche Volks-  
partei nicht nur keine liberale, viel weniger eine demokra-  
tische Partei, sondern ein kapitalistisches Anhängsel der Deutsch-  
nationalen ist.

### Welche Partei achtet die Kriegsbeschädigten?

Wir lesen in Nr. 4 des „Reichsbund“, dem Organ des Reichs-  
bundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinter-  
bliebenen, folgendes:

Wiederholt wurde von den Ortsgruppen die Anregung ge-  
geben, bei stattfindenden Reichs- und Landtagswahlen eine be-  
sondere Liste des Reichsbundes aufzustellen. Der Bundes-  
vorstand hat sich eingehend mit dieser Frage beschäftigt und mußte  
schon im Hinblick auf die Sehnsucht des Reichsbundes zu dem  
Entschluß kommen, sich aktiv an den Wahlen nicht zu be-  
teiligen und eine besondere Liste nicht aufzustellen. Dagegen war  
der Bundesvorstand der Ansicht, daß es richtig ist, an die Par-  
teien heranzukommen und sie zu veranlassen, Mitglieder des  
Reichsbundes als Kandidaten an aussichtsreicher Stelle aufzustellen.  
Um schon zu den am 20. Februar stattfindenden Preußenwahlen  
den Parteien Gelegenheit zur Aufstellung von Kandidaten aus dem  
Reichsbunde zu geben, hat sich der Bundesvorstand mit vier  
Parteien, denen geeignete Reichsbundskameraden vorgeschlagen  
werden konnten, in Verbindung gesetzt. Leider hat nur die Sozial-  
demokratische Partei sich bereit erklärt, dem Wunsch des Reichs-  
bundes zu entsprechen. Von ihr wurde der zweite Vorsitzende des  
Reichsbundes, Kamerad Marote, an a. Stelle, die nicht aussichtslos  
ist, auf die Landesliste gesetzt. Die übrigen Parteien haben sich zu  
einem gleichen Zugeständnis nicht bereit erklärt, ja nicht einmal eine  
Antwort erteilt.

Ergänzend können wir hierzu noch bemerken, daß auch auf den  
Kreislisten der Sozialdemokratischen Partei eine ganze Anzahl  
von organisierten Kriegsbeschädigten kandidieren, so  
kandidiert in Berlin einer der Mitbegründer des Reichsbundes der  
Kriegsbeschädigten an fünfter Stelle.

### Das fällige Wahlmanöver.

Wir stehen genau eine Woche vor den Preußenwahlen, und es  
hat uns bisher schon gerundet, daß in Berlin noch nicht der große  
deutschnationalen Wahlrummel eingeleitet hat, der mindestens sechs  
rote Armeen und dergleichen schöne Dinge aufzeigen müßte. Heute  
ist nun unsere Erwartung erfüllt. Die agrarische „Deutsche  
Lageszeitung“ — sie ist ja die nächste dazu, wie Frau Postern  
bei Reuter sagt — bringt heute den „roten Aktionsplan für Groß-  
Berlin“, von dem sie behauptet, daß er von sachverständiger Seite  
geprüft und daß dabei festgestellt sei, daß er mit militärischer Sorg-  
falt und Ueberlegung aufgestellt sei. Die „Deutsche Lageszeitung“  
hat sich diesen Spieß sogar eine Menge Geld kosten lassen, denn sie  
veröffentlicht auf extrafeinem Papier einen Bogen stark die ange-  
gebenen Kartenpläne dieser großartigen Bewährungsprobe.

Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß irgendein beschäftig-  
ungsloser Offizier, der sich zum General der künftigen roten Armee  
berufen fühlt, diese Pläne aufgemalt hat und sie mit der üblichen  
Geschicklichkeit solcher Leute sofort in die richtigen Hände, nämlich  
die eines Spießes, hat kommen lassen. Derartige Pläne werden ja  
von arbeitslosen Strategen dühnenweise entworfen. Einen Beweis  
aber dafür, daß irgendeine ernst zu nehmende Organisation mit  
diesen militärischen Liebeswerken in Verbindung steht, erbringt die  
„Deutsche Lageszeitung“ nicht. Eine solche Organisation würde sich  
ja damit auch für ewig lächerlich machen, denn, daß man  
durch militärische Aktionen keine politischen Umwälzungen herbei-  
führen kann, daß die Pläne solcher inneren Militaristen an dem  
Willen der Bevölkerung scheitern müssen, hat die Erfahrung genug-  
sam gelehrt.

Die „Deutsche Lageszeitung“ ist auch vorsichtig genug, gar nicht  
zu behaupten, daß die R.A.P.D. oder auch nur die R.V.P.D. mit  
dieser Räubergeschichte in Zusammenhang stünde. Sie spricht nur  
ganz allgemein von „kommunistischen Umtrieben“ und von einem  
„Wind von Moskau“, dessen es angeblich nur noch bedürfte. Irgend-  
welche nähere Angaben in dieser Richtung macht sie nicht.

Solange sie das nicht kann, wird man zu der Annahme be-  
rechtigt sein, daß diese ganze Veröffentlichung nichts anderes als ein  
von langer Hand vorbereitetes Wahlmanöver ist, um die er-  
schreckten Ephele in den Furch der Reaktion hineinzutreiben.

### Die „wahre Volkspartei“.

Auf zur Preußenwahl! Die Deutschnationale Volks-  
partei ist die wahre Volkspartei! Das ergeben die Kandi-  
datenlisten zur Preußenwahl. So lesen wir an der Spitze eines  
deutschnationalen Wahlflugblattes. Und dann kommt eine Tabelle  
der deutschnationalen Kandidaten nach Berufen geordnet. Da finden  
wir der Reihe und Zahl nach: 11 Mittelständler, 10 Grund-  
besitzer, 7 Schuldirektoren, 7 höhere Verwaltungs-  
beamte, 6 Großgrundbesitzer, 6 Richter und  
Anwälte und endlich, endlich auch 5 gewerbliche und  
landwirtschaftliche Arbeitnehmer (?). Wieviel Ar-  
beiter darunter sind, wird nicht verraten, wahrscheinlich handelt  
es sich, nach der vorsichtigen Ausdrucksweise zu schließen, bei diesen  
„Arbeitnehmern“ um Gutsinspektoren, Fabrikdirek-  
toren usw. Dann kommen noch 5 Industrielle, 3 Universitätspro-  
fessoren usw. usw. Im Ganzen sind unter 81 (einundachtzig) Kandi-  
daten ganze 6 (sechs) gewerbliche und landwirtschaftliche Arbeit-  
nehmer, darunter wahrscheinlich kein einziger Arbeit-  
er! Aber selbst wenn diese sechs wirklich Arbeiter wären, so  
würde die Deutschnationale Partei den 15 Millionen preussischen  
Industrie- und Landarbeitern zusammen gerade so viel Ver-  
treter zubilligen wie jeweils 20 000 Großgrundbesitzern oder  
10 000 Richtern oder 15 000 Geistlichen und noch weniger Vertreter  
als etwa 3000 höhere Verwaltungsbeamten. Jeder Großgrund-  
besitzer, Richter, Geistliche gilt den Deutschnationalen also mehr als  
tausendmal so viel als ein Arbeiter. Ein höherer Verwal-  
tungsbeamter gilt ihnen gar fünftausendmal so viel als ein  
Arbeiter. Das ist die wahre Volkspartei!

### Diener der Republik.

Die Fälle, in denen sich Kriminalbeamte in den Dienst der  
antirepublikanischen Parteien stellen, mehren sich.  
Im Anschluß an unsere Kritik im gestrigen Abendblatt („Kriminal-  
beamte zum Schutz der Nationalen“) wird uns folgender Fall mit-  
geteilt:

Vor einigen Tagen hielt die Deutschnationale Volks-  
partei in der Schulaula Oranienburgerstraße eine Wählerver-  
sammlung ab, in der ihr Führer Hergt sein „Ordnungsprogramm“ ent-  
wickelte. Einige unserer Parteigenossen versuchten, in der Diskussion  
das Wort zu ergreifen, was ihnen aber von der Partei der „Un-  
parteilichkeit“ und „Gerechtigkeit“ dank einer geschickten Regie  
verweigert wurde.

Beim Verlassen der Schule verteilten unsere braven Genossinnen  
die „Wählerin“. Darüber regten sich einige Versammlungsteil-  
nehmer so auf, daß unsere Mitglieder nur mit Mühe Tatklich-  
keiten aus dem Wege gingen. Ein besonders exaltierter Herr  
legitimiert sich als Kriminalbeamter und verhaftete  
unseren Genossen Berth ohne sichtbaren Grund, es sei denn, daß  
die Verbreitung einer aufklärenden Flugchrift nach Ansicht einiger  
Kriminalbeamten, die im Dienste der Republik stehen, ein  
strafbares Verbrechen ist.

Hoffentlich wird die vorgeordnete Dienstbehörde die übereifrigen  
Kriminalbeamten recht bald nachdrücklich über die Grenzen ihrer  
Befugnisse aufklären.

Verklamungsgesichts. Einen guten Verkauf nahm die gestern  
in der Aula Bismarckstraße stattgehabte Wählerversammlung, in der Ge-  
nosse Häusler erschöpfend die Bedeutung des 20. Februar er-  
läuterte. In der Diskussion machte eine deutschnationalen  
Rednerin den Versuch, das heutige Wirtschafts- und Finanzelend der  
Sozialdemokratie anzuhängen. Die zahlreich anwesenden Genossinnen  
gaben dieser Dame aber zu verstehen, daß sie in eine falsche Ver-  
sammlung hineingeraten sei. In wirkungsvollen Worten wandte  
sich unsere Genossin Gret an die Frauen, am 20. Februar geschlossen  
für die Sozialdemokratie zu stimmen. Der prächtige Verkauf dieser  
Versammlung gibt uns die Hoffnung, auch den wilden Norden  
wieder zurückzuerobern.

Die Passisten und die Landtagswahlen. Die Ortsgruppe Berlin  
der Deutschen Friedensgesellschaft hat in ihrer letzten  
Sitzung nachstehenden Beschlusses gefaßt: Die Deutsche Friedensge-  
sellschaft, die nicht auf dem Boden einer bestimmten politischen Partei  
steht, hat gleichwohl ein Interesse an der Erstartung derjenigen Par-  
teien, die eine den Zielen des Pazifismus entsprechende Politik  
treiben. Da dies zurzeit in Deutschland nur die beiden sozia-  
listischen Parteien tun, empfiehlt die Ortsgruppe Berlin der  
Deutschen Friedensgesellschaft ihren Mitgliedern, bei den bevorstehen-  
den Wahlen zum Preussischen Landtag, deren Ausfall für die  
Reichspolitik von großer Bedeutung ist, ihre Stimme einer  
der beiden sozialistischen Parteien zu geben.

## Die Pflicht der Frau.

Von Gertrud Hanna.

Diesmal soll nicht gesprochen werden von der Pflicht, die  
die Frauen als Staatsbürgerinnen in einem Lande  
haben, das ihnen das höchste Recht gewährleistet, das ein  
Staat überhaupt zu vergeben hat. Es soll auch nicht gesprochen  
werden von der Wahrung besonderer Fraueninter-  
essen durch die Beteiligung der Frauen an der Wahl und  
durch die Mitarbeit von weiblichen Abgeordneten in den Par-  
lamenten. Diesmal soll gezeigt werden, warum die sozial-  
demokratischen Frauen als Glieder des Volkes und als  
Anhänginnen der Arbeiterbewegung die Wahlen beein-  
flussen müssen, um der großen Masse der unbemittelten Be-  
völkerung Aussicht auf eine bessere Zukunft zu gewähren.

Nach der letzten amtlichen Berufs- und Gewerbebeziehung  
aus dem Jahre 1907 waren drei Viertel der deutschen  
Bevölkerung auf die Industrie als Ernährungsfaktor an-  
gewiesen. Nur etwa ein Viertel fand den Lebensunterhalt in  
der Landwirtschaft. Für unsere Industrie sind wir aber auf  
die Lieferung von Rohstoffen aus dem Ausland angewiesen,  
das uns wiederum von den Produkten, die wir reichlich be-  
sitzen, und auch einen großen Teil unserer Fertigwaren ab-  
nahm. Das Ausland lieferte uns übrigens auch Lebensmittel  
und nahm uns landwirtschaftliche Erzeugnisse ab.

Der Krieg hat nun den Verkehr mit dem Ausland sehr  
erheblich eingeschränkt. Er hat uns auch unsere Kolonien ge-  
nommen, die für die Belegung unserer Industrie wertvoll  
waren. Der Krieg hat uns auch unserer im Lande befindlichen  
Rohstoffe nahezu beraubt und soweit wir aus den Quellen  
unseres Landes die Industrie beleben könnten, hindern uns  
daran die Bedingungen des Friedensvertrages von Versailles.

Der Friedensvertrag zwingt uns zur Ablieferung von  
monatlich 2 200 000 Tonnen Kohle an die Entente, er zwingt  
uns zur Ablieferung des nur irgendwie verfügbaren Geldes,  
er zwingt uns zur Ablieferung eines großen Teils unseres  
rollenden Materials und unserer Handelsflotte und legt uns  
durch die Kosten für die Befüllung und durch zahlreiche andere  
Maßnahmen Schranken auf in der Entwicklung unseres Wirt-  
schaftslebens. In welchem Umfange dies geschieht, zeigen  
uns die Beschlüsse der Ententevertreter auf der Pariser Kon-  
ferenz, die bei allen Parteien Deutschlands als unannehm-  
bar, weil unerfüllbar, bezeichnet worden sind.

Als die Friedensbedingungen im Frühjahr 1919 bekannt  
wurden, ging durch weite Kreise der Bevölkerung ein Ver-  
zweiflungsschrei. Von der damaligen Regierung wurde be-  
kanntlich eine achtstägige Landestrauer angeordnet. Die  
unabhängigen nahmen freilich damals die Bedingungen nicht  
ernst. Sie erklärten von Anfang an gegenüber denen, die da  
sagten, wir könnten die Bedingungen nicht unterschreiben, weil  
wir sie nicht erfüllen könnten: „Wir brauchen die Bedingungen  
ja auch gar nicht erfüllen, denn das internationale Proletariat  
wird in kurzer Zeit die Weltrevolution herbeiführen.“

Nun, wir haben bereits einen Teil der Bedingungen ab-  
getragen, und noch immer ist die Weltrevolution nicht  
da! Wohl aber hat ein erheblicher Teil des internationalen  
Proletariats seinen Regierungen das Vertrauen ausgedrückt.  
Erst in letzter Zeit zeigen sich in Frankreich, in Belgien und  
in England ernsthafte Bestrebungen in den Reihen der orga-  
nisierten Arbeiterschaft, auf ihre Regierungen zugunsten  
Deutschlands einzuwirken und auch die Bevölkerung darüber  
aufzuklären, daß ein wirtschaftlich nicht lebensfähiges Deutsch-  
land auch den Ruin der anderen Länder herbeiführen  
müßte.

Diese Bestrebungen würden jede Aussicht auf Erfolg ver-  
lieren, wenn bei uns die Rechtsparteien zu größerem  
Einfluß kommen würden. Selbst eine Zusammensetzung des  
Preußenparlaments im Sinne der Reichstagswahlen würde  
nach dieser Richtung wirken. Jede Stärkung der  
Rechtsparteien ist für die Ententevölker ein  
Zeichen, daß der frühere Geist, der bei uns herrschend  
war und der auf Unterdrückung anderer Völker und inneren  
anderer Länder gerichtet war, wieder bei uns lebendig  
wird. Eine Stärkung der Rechtsparteien würde jede Aus-  
sicht auf Erleichterung der uns auferlegten schweren  
Bedingungen unterbinden.

Was aber hängt von der Erleichterung, ja allein schon von  
der humanen Auslegung der Bestimmungen des Versailler  
Friedensvertrages für uns ab?

Unser Volk braucht Arbeit, es braucht Lebens-  
mittel und Kleidung, es braucht Wohnungen und Haus-  
rat, und es braucht Mittel zu Fürsorgeeinrichtungen für alle,  
die durch den Krieg und seine furchtbaren Folgen an Arbeits-  
kraft und Gesundheit geschädigt sind. Unter dem Einfluß der  
Sozialdemokratie in den Regierungen und in den  
Parlamenten ist das fürsorgerische Herz selbst der Parteien  
aufgewacht, die früher, als sie die Macht und auch genügend  
Mittel besaßen, um Fürsorgeeinrichtungen zu treffen, im gün-  
stigsten Falle minimale Summen dafür bewilligten. Jetzt aber  
besteht die Gefahr, daß die Entente uns selbst an der Aus-  
übung der Fürsorge hindert, die trotz der Armut unseres

Landes auf Grund des sozialdemokratischen Einflusses geschaffen worden ist und angestrebt wird. Die Bestimmungen über die Wiedergutmachung bieten dazu die Handhabe. Sie können auch unserer Sozialgesetzgebung und den Sozialleistungsbestrebungen gefährlich werden.

Die Folgen solcher Auslegung der Bedingungen des Friedensvertrages sind gar nicht auszudenken. Welche Frau aus Arbeiterkreisen aber könnte wohl die Hand dazu bieten, um sie Wirklichkeit werden zu lassen oder auch nur in greifbare Ferne zu rücken?

Das darf nicht geschehen, und das wird auch nicht geschehen, wenn die Frauen und Töchter der Arbeiterschaft am 20. Februar auf dem Posten sind und durch Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel dafür Sorge tragen, daß die Zusammenfassung des Preußenparlamentes den Anhängern der früheren Machthaber und auch den Ententevölkern zeigen, daß die früheren Machthaber bei uns keine Aussicht haben, jemals wieder ihre für unser Volk so unheilvolle Tätigkeit auszuüben.

Arbeiterfrauen und -töchter, wählt am 20. Februar die Liste der Sozialdemokratischen Partei!

## Die Reichsprenger in Bayern.

Das entschiedene gemeinsame Auftreten der sozialistischen Fraktionen im bayerischen Landtag hat plötzlich und grell die Gefahr beleuchtet, die von der Eiserich-Regierung Rahr dem Bestande des Deutschen Reiches droht. Es handelt sich nicht allein um die Gefahr einer offenen Trennung vom Gesamtreiche als vielmehr um die andere, nicht weniger zu unterschätzende, daß die Zentralgewalt des Reiches durch dauernden Widerstand einzelner Länder unterhöhlt und aufgehoben werde.

Wir haben schon neulich angedeutet, daß bei der allgemeinen Konferenz der Ministerpräsidenten der bayerischen Regierung vier klare Fragen gestellt worden sind, die entweder mit Ja oder mit Nein zu beantworten wären. Man sollte meinen, daß dieses Ja oder Nein wirklich nicht schwer zu sagen oder zu schreiben wäre. Dabei hat aber die Beratung über diese Dinge in der bayerischen Regierung und innerhalb der dortigen Koalitionsparteien fast acht Tage in Anspruch genommen und den Herrn Rahr so mitgenommen, daß er keine Zeit mehr fand, dem Landtag darüber Aufschluß zu geben.

Man läßt jetzt durch die Presse den Eindruck erwecken, als ob die Beratungen über den Wortlaut der Antwort an die Reichsregierung so ungemein schwer wären, daß sie sich länger hinzögern. Es handelt sich aber lediglich um Ausflüchte. Tatsächlich sucht man nach „Formulierungen“, die man nachträglich nach diplomatischem Brauch ablenken oder umbiegen kann. Das deutsche Volk aber hat kein Interesse daran, dieses Spiel fortgesetzt zu sehen. Es will endlich klare Bahnen haben und wissen, ob Bayern zum Reiche gehört und Reichsgesetze respektieren will.

Es ist in diesem Zusammenhang nicht ohne Interesse, zu erfahren, daß nach einer Meldung der Havas-Agentur der deutschen Regierung am 9. Februar eine Mitteilung zugegangen sei, wonach die Alliierten es ablehnten, in London über die Entwaffnungsfrage nochmals zu verhandeln. Die Verzögerung der Entwaffnung würde zu den bereits beschlossenen Maßnahmen gegen Deutschland führen.

Es gibt also keine Ausflüchte mehr! Die bayerische Reaktionsregierung muß sich entscheiden. Vielleicht ist ihr das inzwischen auch zum Bewußtsein gekommen, denn nachdem die sozialistischen Fraktionen den Landtag verlassen hatten, ließ sie durch den Präsidenten Königbauer erklären, daß die neue von den Sozialdemokraten eingebrachte Anfrage vom Ministerpräsidenten „bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit beantwortet“ werden solle, und zwar in der nächsten Woche. Diese Anfrage hatte im Gegensatz zu der unabhängigen dem Rahr die Ausrede der „Vertraulich-

keit“ genommen, indem sie nicht Auskunft über die Berliner Verhandlungen, sondern solche über die Haltung der Regierung gegenüber den Forderungen der Entente verlangte.

Bis diese Debatte erfolgt, wird hoffentlich die kurze und knappe Antwort an die Reichsregierung eingegangen sein, und wir hoffen, daß die Reichsregierung dieses Produkt der „schwierigen“ bayerischen Verhandlungen sofort und schleunigst der Öffentlichkeit mitteilt, damit die preußischen Wähler noch vor dem 20. Februar erfahren, wessen sie sich von den Altbayern der Rahr-Richtung zu versehen haben.

## Abgeschüttelt.

Der Staatskommissar für die öffentliche Sicherheit läßt mitteilen, daß er nach allem den „roten Aktionsplan“, den die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht (siehe 1. Seite: „Das fällige Wahlmandat“) für falsch hält.

## Max Pann nicht glauben...

Unsere Mitteilungen über das geheime Rundschreiben Reinhold Wulles haben dem neuen Schriftleiter der „Deutschen Zeitung“, Max Maurenbrecher, die Feder in die Hand gezwungen. Er veröffentlicht eine so-wie Erklärung zu dieser Angelegenheit, in der er behauptet, es sei weder ihm noch der Neudeutschen Verlagsgesellschaft, noch dem alldeutschen Justizrat Claß persönlich ein Abdruck jenes Wulles'schen Schreibens zugegangen. Mit dem „Vorwärts“ könne er über die Einzelheiten nicht diskutieren.

Wir können nicht glauben, daß ein deutschnationaler Reichstagsabgeordneter, der seiner Verantwortung auch nur einigermaßen bewußt ist, zehn Tage vor den Preußenwahlen eine solche Streitschrift auch nur vertraulich versendet und dabei so ungeschickt sein sollte, daß er nicht zu verhindern vermöchte, daß es augenblicklich und ausgerechnet durch den „Vorwärts“ in die Öffentlichkeit komme.

Max Maurenbrecher stellt sich ungläubiger als er ist. Er hat allerdings seinen. Glauben sonst schon so oft gewechselt, daß diese neueste „Konfessionsänderung“ ihm keinen allzu großen Gewissensdruck verursachen dürfte. Tatsächlich gibt er zu, daß vorher ein Rundschreiben des „Deutsche Zeitung“-Verlages „streng vertraulich“ erfolgt sei und, mit „peinlichster Sorgfalt“ verpackt, daß es in falsche Hände kommen konnte. Es sei an die Geschäftsführer der Zeitung, an die Obmänner des „Deutschen Herold“ und an die Ortsgruppenvorsitzenden des Alldeutschen Verbandes gegangen, „um diese streng vertraulich über den Zusammenhang der Dinge zu unterrichten, aber jede öffentliche Auseinandersetzung von Gesinnungsgenossen gegenüber dem gemeinsamen Gegner unmittelbar vor den Preußenwahlen zu vermeiden.“

Maurenbrecher gibt also rund heraus zu, daß der Feme-Brief gegen Wulle versandt worden ist. Trotzdem stellt er sich, als ob er annähme, daß die von uns erwähnte Antwort Wulles eine Fälschung sei! Es wird ihn deswegen besonders freuen, wenn wir ihm mitteilen, daß das vertrauliche Wulles'sche Schreiben folgende Einleitung vom Hauptvorstand des deutschen Herold trägt:

„Da das Rundschreiben der Neudeutschen Verlags- und Treuhändergesellschaft unter widerrechtlicher Benutzung der Artikel des Herold an alle Angehörigen dieser Vereinigung zum Versand gekommen ist, hat sich der Hauptvorstand aus Gerechtigkeitsgründen für verpflichtet gehalten, Herrn Wulle auf seinen Wunsch die Möglichkeit zu einer vorläufigen kurzen Richtigerstellung zu geben. Eine wahrheitsgemäße ausführliche Darstellung aller Vorgänge erfolgt am 6. März 1921 auf der Hauptversammlung.“

Angefügt ist diesen Zeilen noch die Bemerkung: „Nur zur vertraulichen Verwendung bestimmt. Veröffentlichung ausdrücklich ausgeschlossen.“

Wenn der ungläubige Thomas in der „Deutschen Zeitung“ angesichts der vorliegenden vertraulichen Schriften zu behaupten wagt, daß von einem Streik in der deutschnationalen Volkspartei keine Rede sein könne, so kann man ihm nur in seiner biblischen Sprache antworten: „Solchen Glauben habe ich in Israel nicht gefunden.“

Daß wir noch keine solche kennen, widerspricht nicht dieser Vermutung, denn niemand hat noch solche gesucht.

Ganz sicher wird der Tag kommen, da die Menschen, die Tücken auch des schönsten Frühlingstages kennend, sich gegen die unsichtbare Hand zu schützen wissen, die heute noch so manchen in die Krankenstube oder zur letzten Ruhe geleitet. A. H. B.

Die Hege gegen die Hamburger Universität. Der Hamburger Werkbund geistiger Arbeiter, der bei der Gründung der hamburgischen Universität entscheidend mitgewirkt hat, erklärte in einer Versammlung, daß die selbständige Kritik gegen das Hochschulgesetz, namentlich außerhalb Hamburgs, nur auf ungenügende Kenntnis der hamburgischen Verhältnisse zurückzuführen sei. Die Hochschulbehörde wird die Selbständigkeit in Lehre und Forschung nicht antasten, sie vielmehr besser gewährleisten als an allen anderen deutschen Universitäten. Ueberall sonst wird die Staatsaufsicht über die Universitäten durch einen Minister und dessen Deputierten ausgeübt, während in Hamburg neben zwei Regierungsbevollmächtigten die Vertreter der Universität zusammen mit gewählten Vertrauensleuten der gelehrten Körperschaft dabei mitwirken. Die Hochschulbehörde läßt zudem sämtliche Hochschulinrichtungen Hamburgs in sich zusammen und bringt da zum erstenmal vorbildlich zum Ausdruck, daß die Universität eine allgemeine Volksangelegenheit ist.

Das gefährliche Ehejahr. Welches ist das gefährlichste Jahr im Eheleben? Wann kommen die meisten Krisen vor? Diese Fragen beschäftigen seit einiger Zeit die öffentliche Meinung in England, und die verschiedensten Leute, die auf diesem Gebiete Erfahrung haben, äußern sich dazu. So hat jetzt ein Ehegerichtsrichter von Tottenham das erste Jahr für das gefährlichste erklärt. „Es dauert meistens 12 Monate“, sagte er, „bis Mann und Frau so weit sind, um sich zu verstehen, und in dieser Zeit werden sie am ehesten an Scheidung denken.“ Die Sekretärin der Gesellschaft für die Ehescheidungsreform, Frau Scoton Liebman, hält dagegen die Zeit für die Ehe am gefährlichsten, in der die Frau 40 Jahre wird und darüber. „Es gibt manche Krisen in den modernen Ehen“, führte sie aus, „aber eine große Zahl von Ehen erreicht ihr „gefährliches Jahr“ mit dem „gefährlichen Alter“ der Frau. Die Frau ist in dieser Zeit überhaupt reizbar und nervös, sie büßt an Schönheit ein, und so wendet sich der Mann nicht selten von ihr ab, sucht seine Freuden außerhalb des Hauses und untergräbt damit das eheliche Glück.“ Als eine große Gefahr für die Dauer der Ehen bezeichnet Frau Liebman auch die mehr und mehr zunehmende Gemohnheit der Männer, ihre Frauen zum Broterwerb zu ermuntern. „Ich kenne viele Fälle“, sagte sie, „wo der Mann von der Frau erwartet, daß sie nicht bloß als Hausfrau, sondern auch als Ernährerin in die Ehe tritt.“ Die englische Ehescheidungsstatistik gibt dieser Annahme eine gewisse Berechtigung. Von 2688 Fällen, die vor den Gerichten verhandelt wurden, handelte es sich bei 930 Fällen um Heiraten, die bereits zwischen 10 und 20 Jahren dauerten. Es ist bezeichnend, daß fast 40 Proz. der geschiedenen Ehen kinderlos waren.

## Orgesch wird freigesprochen.

Breslau, 12. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Vor dem außerordentlichen Gericht in Waldenburg hatte sich am Freitag Leutnant Müller, Verfasser der von unserer schlesischen Parteipresse veröffentlichten Kampfpäne der Orgesch im Waldenburger Gebiet zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis, obwohl nach der Verordnung des Reichspräsidenten nur Zuchthaus zulässig ist. Das Gericht sprach den Angeklagten frei, und zwar mit der Begründung, daß seine Vorgehensweise von den Plänen keine Kenntnis gehabt haben, und daß sich Leutnant Müller über sein Gebahren selbst nicht klar gewesen sei.

Die Belshenfer Kommunisten werden eingesperrt, die Orgesch-Führer werden freigesprochen. Es lebe die Gerechtigkeit!

## Noch immer Mittelarrest!

Ins liegt ein Strafbefehl vom Amtsgericht Stettin vom 20. Januar 1921 vor, durch den einem ehemaligen Soldaten eine Strafe von 14 Tagen Mittelarrest diktiert wird, weil er am 12. Dezember 1918 sich eigenmächtig von seiner Truppe entfernt hat und länger als sieben Tage abwesend gewesen ist. Das ist nach dem Strafbefehl ein Vergehen gegen die §§ 64 und 66 des Militär-Straf-Beschlages.

Für jeden vernünftigen Menschen ist klar, daß diese Art Vergehen im neuen Staat und unter den ganz veränderten Verhältnissen nicht mehr bestraft werden können. Durch derartige Strafbefehle, die immer wieder verschickt werden und sich wie eine ewige Krankheit forterben, wird nur unnötig Unruhe, Verstimmung und Verbitterung verbreitet. Es ist höchste Zeit, daß seitens der Reichsregierung alle derartigen „Vergehen“ endgültig amnestiert werden, daß alle derartigen lächerlichen Strafbefehle unmöglich gemacht werden und daß die überlasteten Gerichte von derlei unnötigen Ballast befreit werden.

## Tumult in Eisenach.

Eisenach, 12. Februar. (U.) Während einer Sitzung des Gemeinderats demonstrierte am 10. Februar abends vor dem Rathaus auf dem Marktplatz eine Versammlung des internationalen Bundes der Kriegsoffer und der Erwerbslosen. Als einer Deputation nicht sofort Zutritt zu dem Sitzungssaal gewährt wurde, verbreitete man vor dem Rathaus fälschlich die Nachricht, daß die Deputation drinnen mißhandelt würde. Darauf versuchte die inzwischen auf 1500 Menschen angewachsene Menge das Rathaus zu stürmen. Nach einigen vergeblichen Versuchen wurde das Portal des Einwohnerrats eingedrückt, durch Pfastersteine die Fenster zertrümmert und ein Inspektor verletzt. Polizeiposten gaben Schreckschüsse ab und vertrieben durch Wassergeben aus Hydranten die Menschenmenge.

Diese Darstellung scheint uns äußerst einseitig und offenbar von einer den Erwerbslosen nicht gerade freundlichen Seite abgefaßt. Man wird ihr deshalb mit aller Vorsicht zu begegnen haben.

## Häuserkämpfe in Bayern!

Die Gauleitung der Einwohnerwehr des Bezirks Neu-Ulm gibt zurzeit an ihre Ortswehren Zirkulare heraus, in welchen zur Teilnahme an der am 25. und 26. Februar 1921 im Ludwigsbad in Augsburg stattfindenden Konferenz aufgefördert wird. Ein Punkt der aufgestellten Tagesordnung lautet: „Vorführung des Häuserkampfes unter Mitwirkung der bayerischen Landespolizei.“ Daß der Häuserkampf etwa zur Bekämpfung des Reichsnotopfers von steuerhungernden Kapitalisten geübt wird, dürfte wohl niemand annehmen. Deshalb es aber geübt wird, können sich unsere Arbeiter wohl an den Fingern abzählen.

Die feindseligen Brüder. In der Unions-Brauerei in der Hafenstraße fand gestern abend eine Wahlversammlung der Vereinigten kommunistischen Partei statt. Im Verlauf derselben kam es gegen 10 Uhr abends zu einer Schlägerei zwischen Anhängern der verschiedenen Richtungen. Man rief die Schutzpolizei, die aber nicht mehr einzuschreiten brauchte, da die Ruhe bereits wiederhergestellt war.

Notgeld aus Bunzlauer Töpferien. Nachdem deutsches Notgeld aus Porzellan zur Lausache geworden ist, wird sich dem Porzellan-geld von Meißen und Gels in naher Zeit vermutlich ähnliches Notgeld anschließen. Die altbekannte schlesische Töpferstadt Bunzlau an der Berlin-Breslauer Eisenbahn hat vor kurzem einen Notgeldwettbewerb ausgeschrieben. Dies hat der in Bunzlau bestehenden Staatlichen keramischen Fachschule Anlaß gegeben, Entwürfe für Tongeld herzustellen. Somit wird es wohl in absehbarer Zeit auch „Bunzlauer Töpfergeld“ geben.

Die Bunzlauer Töpferei ist uralt und reicht wahrscheinlich bis ins früheste Mittelalter zurück. Urkundlich steht fest, daß schon 1547 eine „Töpfer“-Annung in Bunzlau vorhanden war. Das Bunzlauer Geschick, des namentlich weit und breit auf den Jahrmärkten verbundenen Topfmärkten zu haben ist, ist an seiner vorerwähnten, glänzenden Tassebraunen Glasur kenntlich. Die Bunzlauer Töpferei war schon in früheren Jahrhunderten wiederholt zu höchsten Blüte gelangt und weitverbreitete an Formen mit dem Porzellan der Kokos- und Boreckzeit. In der späteren Niedermeierzeit verfiel sie und sank gegen Ende des 19. Jahrhunderts zur Bedeutungslosigkeit herab, d. h. sie lieferte nur noch ganz gewöhnliche Töpfe, Schüsseln und Krüge. Erst in neuerer Zeit geht es mit ihr unter dem Einfluß der keramischen Fachschule in technischer wie künstlerischer Hinsicht wieder bergan. Die Stadt Bunzlau verdankt ihre Entwicklung und Berühmtheit im wesentlichen der altangelegenen Töpferei; es sind Dutzende von Betrieben vorhanden. Ein eigenartiger Anblick bietet sich, wenn man von einem der die Stadt umgebenden Hügel des hier zur Halde vererbenden Boberberglandes aus nach Eintritt der Dunkelheit die Stadt betrachtet. Dann züngelt aus vielen Töpferhöfen die „der Fuße“, so nennt man die aus den Brennöfen der Töpfer zum Schornstein herausströmenden großen Stiefelqualmen. Eine großartige Sammlung von Bunzlauer Töpfererzeugnissen bietet das Bunzlauer Stadtmuseum.

Neuanführungen der Woche. Mi. Hoftheater: „Der Kaiser“ (R. E.) Fr. Lustspielhaus: „Die Hauptrolle“ Wallner Theater: „Die Langeräbin“ Soubab. Deutsches Theater: „Die Jungfrau von Orléans“

Uraniborirane. Sonntag, Dienstag, Mittwoch: „Von San Remo nach Florenz“ Freitag: „Spanien“ Donnerstag: „Die Schändel der deutschen Landkass.“ Soubabtag: „Kgypten und der Nil“

Die Matinee des Schauspielhauses am Sonntag in den Spalierern gewidmet. Dr. Max Gohdorf hält den einleitenden Vortrag. Reden Karl und Schön registrieren. Spanische Länze werden nach der Musik von Smalote getanzt.

Der ukrainische Chor veranstaltet in Wilmersdorf folgende Konzerte: 18. Feb. in der Oberstadtschule am Lindenpark. 17. Februar im Stemann Gymnasium, Hallescher Straße. 20. Feb. in der Geilensschule, Nicolai-Ge-Platz. Der Reinertrag zugunsten der notleidenden Kinder der Groß-Berlin.

Ein „missionarischer“ Selbstmord. Prof. George Bradford, ein amerikanischer Universitätsprofessor und einer der Führer der Sozialisten in Amerika, hat sich vor zwei Tagen selbst getötet, um den Beweis für seine Theorie zu erbringen, daß die Welt der Beritteneren noch mit der Welt in Verbindung zu treten vermag. Seine Freunde warteten aber bis heute vergeblich auf ein Zeichen ihres bisherigen Führers.

## Vorfrühling.

Es ist seit langem jedermann geläufig und beinahe sprichwörtlich, daß der frühe Venz die Friedhöfe stärker bevölkert, denn alle anderen Jahreszeiten. An der Lausache läßt sich nicht zweifeln, über die Ursache freilich sind die Ansichten geteilt.

Dem Arzt ist es nun wohlvertraut, welche ungünstigen Einflüsse auf den Menschen der lange Aufenthalt in den Stuben, wie ihn der Winter mit sich bringt, auch die rauhe, sprunghaft wechselnde Witterung des Winterendes hat und wie verschlimmernd sie auf alle Krankheiten, namentlich die Tuberkulose, wirken. An den Besserungserfolgen, die man, besonders früher, dem Winteraufenthalt in warmen Klimaten zuschrieb, ist wohl in erster Linie der Umstand beteiligt, daß die Ufer des Genfer Sees, die Riviera oder Meran ihren Patienten auch im Winter den Aufenthalt in freier Luft gestatten und von plötzlichen Wetterumschlägen ziemlich verschont sind.

Seit einiger Zeit ist man aber darauf aufmerksam geworden, daß eine große Zahl von Krankheiten entweder nur in der Zeit zwischen Februar und April auftreten oder in diesen Monaten eine merkliche Verschlechterung aufweisen. Dr. Moro macht in der „Münchener medizinischen Wochenschrift“ neuestens darauf aufmerksam, daß auch die Empfänglichkeit der gesunden Menschen für Tuberkulose im Vorfrühling größer sei als in den anderen Jahreszeiten. Das deutet darauf, daß unser sympathisches Nervensystem um diese Zeit besonders reizbar sein muß.

Und tatsächlich erreichen alle Krankheiten, die damit im Zusammenhang sind, z. B. das nervöse Asthma oder die Etyeme der Kinder (Hautkrankheiten) ihr Maximum zwischen Februar und April. Das gleiche gilt für die Keuchentzündung der Säuglinge.

Einmal darauf aufmerksam geworden, fand man eine Menge merkwürdiger Zusammenhänge. Viele Hautkrankheiten sind überhaupt Frühlingserkrankungen und hinter dem wahren Volksbrauch der blutreinigenden Bäder stehen stets offenbar etwas wie Erfahrung. Namentlich die nässenden und schuppigen Flechten haben stets Neigung, im Frühling wiederzukommen, mag man den Winter noch immer verbracht haben. Was aber für den Menschen gilt, hat sich auch an den Tieren bestätigt und ist als Zeit der Mäuser, der Pelz-erneuerung, bei den Haustieren als eine Periode herabgesetzter Vitalität allen Landbewohnern und Vögern geläufig.

Bei den im Freien lebenden Tieren fällt jede Vermutung weg, daß die Frühjahrsnubigkeit und Frühlingstränklichkeit eine Folge unserer Stubenluft sein könne, dafür gewinnt nun die Ansicht immer mehr an Wahrscheinlichkeit, daß es bestimmte meteorologische Einflüsse gibt, die den Vorfrühling zur ungesunden aller Jahreszeiten gestalten helfen.

## Oberschlesiens Abstimmung.

Warschau, 12. Februar. (U.) Nach einer Meldung der „Ryepopolista“ (Republik) ist der Volksabstimmungstermin für Oberschlesien angeblich auf den 20. März, für die Emigranten auf den 3. April festgesetzt worden.

## Waffenfunde bei Braunshweig.

Braunschweig, 12. Februar. (W.B.) Unweit Braunshweig wurde gestern in einem Schütz in der Erde vergraben ein Munitionslager von mehreren hundert Handgranaten und Zündern gefunden. Der Fund wurde von der Polizei beschlagnahmt.

## C.S.T. für deutsche Arbeit.

Paris, 12. Februar. (W.B.) In einer Kundgebung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes an die organisierte Arbeiterschaft, in dem der Entwurf eines Mindestprogramms aufgestellt wird, heißt es an einer Stelle: Das Programm des Wiederaufbaus der verwüsteten Gebiete beherrscht die ganze wirtschaftliche Tätigkeit der französischen Nation und müsse mit anderen Methoden als den bisherigen fortgesetzt werden. Es sei bedauerlich, daß die französische Regierung dem Anwerben amerikanischer Arbeiter und dem durch die sozialistischen Organisationen erfolgten Angebot der Beteiligung deutscher Arbeiter nicht Folge gegeben habe. Diese Angebote, die nicht hinlänglich geworden seien, sollten endlich in Erwägung gezogen werden und zum Wohle der Interessen der Geschädigten und des Landes benutzt werden.

## Unsere Kohle gratis?

Paris, 11. Februar. (W.B.) Das „Journal“ macht darauf aufmerksam, daß im Laufe der letzten Kammerdebatten verschiedene Redner die Befürchtungen ausgesprochen hätten, die deutschen Kohlenlieferungen würden reißlos dem Deutschen Reich auf Repräsentationskosten gutgeschrieben werden. Das Blatt glaubt nach Erkundigung an autoritatöser Stelle feststellen zu können, die französische Regierung habe über diese Frage eine vorgefaßte Meinung. Sie weigere sich nicht, die Kohlenlieferungen Deutschlands in Betracht zu ziehen, sie könne aber nicht zugeben, daß der Wert der gelieferten Kohle als Gegenleistung für den Ausfall der Förderung der zerstörten Kohlengruben in Anrechnung gebracht werde. Es habe den Anschein, daß die französischen Unterhändler bei den nächsten Beratungen in London leicht diesen der Berechnung und der Mäßigung der französischen Politik entsprechenden Standpunkt begründlich machen könnten.

Die Herauspressung der ungeheuren Kohlenlieferungen aus Deutschland macht Englands und Frankreichs Kohlengräber arbeitslos. Der französische Arbeitsminister Daniels-Vincenzi erklärte in der Kammer, am 24. Januar seien im Bezirk Paris 39 000 Arbeiter unterstellt worden. Die Zahl der unterstellten Arbeiter in Frankreich habe 47 144 betragen. Die Gesamtzahl der Arbeiter in Frankreich schätze man auf 100- bis 120 000.

## Keine Kohlennot in Deutschland.

Paris, 12. Februar. (E.) Der französische Botschafter in Berlin, Charles Laurent, sagte einem Vertreter des „Excelsior“: Es sei unbestreitbar, daß Deutschland sehr große Industriekriege und sonstige Anstrengungen mache, um auf dem Weltmarkt jenen vorherrschenden Platz einzunehmen, den es anstrebe. Ein Kohlenmangel sei in Deutschland nicht festzustellen. Deutschland habe Kohlen, soviel es wolle, und wenn es sich darüber keine Sorgen mache, so könne es sich darüber keine Sorgen machen. Auch die Transportschwierigkeiten bringen Deutschland nicht die Nachteile, wie es behauptet. In der Politik sei seit einiger Zeit ein merkbarer Kurs nach rechts festzustellen.

## Der französische Kohlenüberfluß.

Paris, 12. Februar. (U.) Nach der soeben ausgegebenen amtlichen Veranlassungsstatistik lagen bereits Ende Dezember auf den französischen Grubenhalten (ohne Saargebiet) 859 813 Tonnen Kohlen aufgestapelt. Die Gesamtproduktion der 224 488 französischen Bergwerke im Dezember 1920 betrug 2 444 221 Tonnen, wovon nur 1 727 626 Tonnen für den Verkauf disponiert waren.

London, 12. Februar. (Reuter.) Die Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrie von Ebbw Vale in Südwales gibt bekannt, daß sie ihre Kohlenwerke am 26. Februar schließen wird. Die großen Metallwerke der Gesellschaft produzieren wegen Mangels an Beständen beinahe gar nicht mehr. Infolgedessen ist mit Arbeitslosigkeit für 20 000 Personen in diesem Gebiete zu rechnen.

## Die 12 Prozent in Gold!

Paris, 12. Februar. (E.) Im Senatsauschuß für die befreiten Gebiete sagte Minister Couheur, daß hinsichtlich der festen Jahreszahlen die Befreier Sachverständigen den Auftrag, die Verteilung vorzunehmen, haben. Man werde die Zahlung zu 25 Prozent in Gold und 25 Prozent in Natura fordern, und zwar habe Deutschland Kohle und Nitrate (Kunstdünger) zu liefern. Den Grund für die Zahlungsleistung in fertigen Waren lehnt die Regierung ab.

Aber die Ausfuhrabgabe bemerkt der Minister, daß diese ausschließlich in Gold entrichtet werden müßte. Einem Vertreter der „Associated Press“ sagte Couheur, daß man den Grund für diese Abgabe im Zustande anscheinend noch nicht begriffen habe. Man habe ein Mittel finden wollen, um die Zahlungsfähigkeit Deutschlands festzustellen. Da die Zahlungen in Auslandszahlungen erfolgen sollen, muß die Höhe der deutschen Zahlungen in Betracht gezogen werden. Man hat Deutschlands Jahreszahlungen in zwei Teller ins Auge gefaßt, wovon die eine fest ist und ein Minimum darstellt, das vielleicht noch um ein geringes niedriger ist als jenes, das die amerikanischen Sachverständigen als Mindestmaß ansahen. Der zweite Teil der deutschen Entschädigungszahlungen sei wechselnd. Am Ende eines jeden Halbjahres werde die Höhe der deutschen Zahlungen in Betracht gezogen und mit 12 zu multipliziert sein. Somit sei keine eigenliche Ausfuhrabgabe geplant, sondern die 12 Prozent seien ein einfaches Kalkulationsmittel und jede andere Auslegung, die die deutsche Presse gebe, sei tendenziös gefälscht.

## Noch kein Ostfrieden?

Paris, 12. Februar. (E.) Die Nachricht, daß der russisch-polnische Friede bereits abgeschlossen sei, muß als verfrüht bezeichnet werden. Die polnische Botschaft in Paris glaubt jedoch annehmen zu können, daß eine endgültige Einigung nicht mehr lange auf sich werde warten lassen, um so mehr, da auch Lenin kürzlich in einer Rede erklärt hat, daß eine Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen für die Sowjetregierung schwere Folgen nach sich ziehen würde.

Verurteilung wegen Körperverletzung. Das Frankfurter Schwurgericht beschäftigte sich gestern mit der Demonstration vor dem Direktionsgebäude der Adlerwerke am 2. August v. J. in deren Verlauf die Direktoren von einem Arbeiter misshandelt wurden. Die Demonstration erfolgte feierlich und Unruh des achtprozentigen Steuerabzuges. Das Schwurgericht verurteilte den Sattler Stralowski, der als Abteilungsleiter bei den Vorkämpfen angefaßt wurde, wegen Körperverletzung der beiden Direktoren zu einem Jahr Gefängnis.

# Groß-Berlin

## Ein neues Kapitalverbrechen.

Ein schweres Verbrechen, das besonders in seinem Beweggrund noch ganz ungeklärt ist, wurde heute morgen in dem Hause Königsgräber Str. 72, in unmittelbarer Nähe des Holleschen Tores, verübt und bald darauf auch entdeckt. Hier wurde das 19 Jahre alte, aus Hohensalza gebürtige Dienstmädchen Elisabetha Böhmertowa mit einer schweren Schädelverletzung beunruhigend in einer großen Wut aufgefunden. Das Bein, von der die Verletzung herrührt, lag noch blutbesudelt neben dem Mädchen. Die Verletzte wurde mit nur noch schwachen Lebenszeichen nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Es wird kaum gelingen, sie am Leben zu erhalten. In dem alten Hause Königsgräber Str. 72 wohnt im dritten Stock des Quergebäudes der Rechtsanwalt Hahr mit seiner Frau. Er hat dort auch sein Bureau. Bei diesem Ehepaar war das Mädchen seit einem halben Jahre im Dienst.

Zu den Räumen führt eine schmale eiserne Wendeltreppe hinauf, von ihr gelangt man zunächst in einen Vorflur. Links von diesem liegt ein kleines Wartezimmer, daneben ein kleiner abgeschlossener Raum, der zum Aufbewahren von Holz und Kohlen dient. Der Gang geradeaus führt in das Schlafzimmer des Anwalts, hinter dem die Wohnräume liegen. Das Mädchen schlief in einem Zimmer links vom Wartezimmer. Es stand regelmäßig morgens zwischen 6 und 7 Uhr auf, um zunächst zu heizen. Hierbei macht es stets sowohl im Wartezimmer als auch im Schlafzimmer Licht. Heute morgen fand der Rechtsanwalt, als er um 7 1/2 Uhr ins Bureau kam, die beiden Flammen wieder brennen. Das Mädchen fand er in einer großen Blutlache auf der Türschwelle zwischen der Holz-Kammer und dem Wartezimmer beunruhigend daliegen. Neben ihm lag ganz und gar mit Blut besudelt das Bein, mit dem das Mädchen in der Kammer das Holz zu zerkleinern pflegte. Der Anwalt benachrichtigte sofort die Polizei der Wilhelmstraße und von hier ersahen gleich darauf der Kriminaloberwachmeister Zerbe, der die ersten Feststellungen machte. Inzwischen war auch bereits ein benachrichtigter Arzt eingetroffen, der das Mädchen untersuchte. Er stellte auf dem Kopfe eine schwere Hiebwunde fest, die von dem Bein herrührt. Nach der vorläufigen Untersuchung hat eine starke Gehirnblutung stattgefunden. Der Arzt verband das Mädchen, das nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab, und ließ es nach dem Krankenhaus am Urban bringen. Von der Kriminalpolizei trafen alsbald der Chef, Oberregierungsrat Hoppe und die Kommissare Länger und Dr. Grünberg mit mehreren Beamten des Nordberichtschaftsdienstes und des Erkennungsdienstes ein. Wie die Ortsbesichtigung ergab, scheint der Täter vom Dach her in die Wohnung eingestiegen zu sein und sie auch wieder über das Dach hinweg verlassen zu haben. Darauf lassen Fußspuren schließen, die man auf dem Dach im Schnee fand. Zum Dach hinauf führt Anls von dem Vorraum eine Treppe, die durch eine Tür vom Vorraum getrennt ist. Diese Tür war stets unverschlossen, so daß ein Eindringen vom Dach her sehr leicht war. Die Dächer der verschiedenen Bauten des Grundstücks sind so geschichtet, daß man über sie hinweg ohne allzu große Schwierigkeiten die Straße erreichen kann.

Ueber die Täterschaft und das Motiv zur Tat herrscht noch volle Unklarheit. Das Mädchen hat, soviel der Rechtsanwalt und seine Frau wissen, keinen Verkehr gehabt. Es besuchte nur die polnische Kirche und ging sonst nur weg, um einzukaufen. Trotzdem beobachtete man an ihm in der letzten Zeit körperliche Veränderungen, die auf einen intimen Verkehr schließen lassen. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß der Täter das Mädchen hat umbringen wollen, um sich vor den Folgen dieses Umganges zu schützen. Auffällig ist, daß die Ueberfallene, die sich sonst, sobald sie auffand, sofort anstellte, heute morgen nur mit Weiden und Unterhosen und ihrem Mantel darüber bekleidet war.

## Berliner Vorgänge.

Vor seiner letzten Pfändung wurde der Gerichtsvollzieher Scherbach vom Tode ereilt. Als er sich gestern in einem Hause der Johann-Hof-Straße befand, um eine Pfändung vorzunehmen, brach er, von Schlägen getroffen, tot zusammen.

Vom Vater niedergeschossen. Gestern geriet der Gastwirt Paul St. in seiner Wohnvilla Jüngersgrabenstraße in Neukölln in angegriffenen Zustande mit seinem 19jährigen Sohne Willi in einen heftigen Streit, in dessen Verlauf er einen Revolver zog und auf seinen Sohn einen Schuß abgab. Die Kugel drang dem jungen Manne in den rechten Oberarm und verletzte ihn so schwer, daß er nach dem städtischen Krankenhaus in Butom gebracht werden mußte.

Festnahme eines Ringneppers. Gestern abend gelang es der Schutzpolizei, auf dem Bahnhof Charlottenburg einen Ringnepper, den Händler Helmuth Doppel aus Stettin, festzunehmen. Doppel war Spezialist im Verkauf von unechten Ringen, die er als echte Ringe anpries.

Schwer verunglückt ist gestern der 37 Jahre alte Schlosser Oskar Grundt auf der Kreuzung der König- und Neuen Friedrichstraße wurde er von einem Auto überfahren und innerlich so schwer verletzt, daß er nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht werden mußte.

Auf dem Abort verhaftet wurden gestern nach drei Einbrecher aufgefunden. Sie waren in die Bodenträume der Firma Rauber, Oranienstr. 183, eingedrungen, als ein Angestellter der Wach- und Schutzwache ihre Anwesenheit bemerkte und sofortige Schutzpolizisten herbeirief. Diesen gelang es, die drei Burschen festzunehmen, nachdem sie auf einen Abort gestürzt waren und sich dort versteckt hatten. Auf der Wache stellte man sie als den 22jährigen Steinträger Fritz A. aus Tempelhof, den 20jährigen Instrumentenmacher Otto A. aus der Stalder Straße und den 22 Jahre alten Steinleger Max R. aus der Forster Straße fest.

## Quartierspeisung für Fortbildungsschüler.

Die seit März 1920 bestehende Speisung der Kinder bis zum 14. Lebensjahre durch die amerikanische Kinderhilfsmission der Freunde (Quäker) ist nunmehr auch auf die Jugendlichen der Fach- und Fortbildungsschulen bis zum 18. Lebensjahre ausgedehnt worden. Die Ausgabe der Speisen erfolgt in den hierzu eingerichteten 10 öffentlichen Speisestellen. Zur Erzielung der einheitlichen Arbeit in den einzelnen Speisestellen und zur Durchführung der Kontrolle der Speisenden werden in diesen Stellen, so wie es in den Speisestellen der Kleinkinder und Mütter der Fall ist, Schriftführerinnen eingestellt werden. Der Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung um Bewilligung der erforderlichen Mittel beantragt.

## Ein Millionbetrug.

Das von der Potsdamer Disconto-Gesellschaft der Stadt Potsdam übertragene holländische Buttergeschäft hat sich als eine ständige Betrugsaffäre entpuppt. Der Stadt ist statt einem Buttergemisch von 80 Proz. mit 20 Proz. Kokosfett eine Ware von 100 Proz. Margarine übrig geblieben. Ein in die Millionen gehender Schaden ist der ganze Erfolg dieses Geschäftes, aus dem die vermittelnde Großbank sich recht geschickt zurückgezogen hat. Die Potsdamer Hausfrauen sind über die ihnen zugesagte Täuschung erbittert, und die vor der Veröffentlichung unternommenen Versuche des Magistrats, die verächtliche Auslandsbuttermischung anderen Gemeinden und Be-

trieben zu überlassen, sind rechtzeitig gescheitert. Zwar hätte der Magistrat die leise Hoffnung, die Disconto-Gesellschaft regreßpflichtig zu machen, aber es wird ihm kaum gelingen, da seine Unterhändler das ganze Geschäftsrisko auf die Stadt übernahmen. Bei einer Einkaufsmenge von 2100 Zentnern und einem Verkaufspreise von 21,50 M. pro Pfund kann man sich die Summe leicht errechnen, um die Potsdam betrogen worden ist.

## Die Wahlen im Bezirksamt 19.

Die gestrigen Wahlen des Bezirksamts für den 19. Verwaltungsbezirk wurden auf Grund eines Wahlkompromisses vollzogen. In diesem Kompromiß beteiligten sich nicht die Demokraten, weil deren Extrawahl nicht durchzuführen waren, und die Unabhängigen und Kommunisten, weil sie unentwegt auf der sogenannten „ren jazyk“ Bezeichnung des Bezirksamts bestanden. Die Demokraten kamen also ganz aus, während Unabhängige und Kommunisten auf den Rücken der S.P.D. ins Bezirksamt gelangten. Obwohl sie unteren Kandidaten ihre Stimme verweigerten, haben unsere Genossen sowohl für den unabhängigen Bürgermeister wie auch für ihre Schicksale gestimmt. Die Wahlen selbst ergaben folgendes Resultat: Bürgermeister Kubia, (U.S.P.D.), Stellvertreter Konstantin Dr. Stein (D. Sp.); beabsichtigte Stadträte: Gemeindevorsteher August Burkhart-Karow (S.P.D.), Gemeindevorsteher Otto Schmidt (D. Sp.), Rosenbeamer Otto Gätzig (S.P.D.), Stadtschreiber Kröpelin (Dnat. Sp.), Lehrer Renz-Mederschönhausen (S.P.D.). Unbeabsichtigte Stadträte: Schratz Düring (D. Sp.), Bourat Frenken-Pantow (D. Sp.), Gemeindevorsteher Hagen-Niederhöndel (U.S.P.) und Drogeriebesitzer Friehe-Niederhöndel (Dnat. Sp.).

## Der Briefmarkenwettbewerb

unserer deutschen Postwertzeichen ist zurzeit derartig, daß Verwechselungen unausbleiblich sind. Nicht nur, daß neben den alten Marken neue Wertstufen in der gleichen Farbe vorhanden sind, läßt die Reichspostverwaltung bei den neuerausgegebenen Marken verschiedene Wertstufen in der gleichen Farbe drucken. Mit Recht wird in einer an uns gerichteten Zuschrift gefragt: Welcher Beamte ist heute imstande, die 15-, 50- und 75-Pf.-Marke ohne weiteres an der Farbe zu erkennen? Alle drei sind violett. Verwechselungen und dadurch entstehende Verzögerungen und Kosten sind unausbleiblich. Wer viel mit der Post zu tun hat, kann ein Lied davon singen. Sind denn im Reichspostministerium gar keine Fachleute vorhanden, um zu verhindern, daß verschiedene Wertstufen in der gleichen Farbe herausgegeben werden? Warum wird uns heute immer noch die holländische Germanistype vorgeführt? Cwa weil sie das Stedenpferd des Postwesens in Holland war? Es ist doch so arm annehmlich, doch wir nicht imstande sein sollten. Innerhalb zweier Jahre die uns schon seit Monaten angefündigte Neuausgabe fertigzustellen.

Ein Hochkapler und seine Geliebte wurden gestern von der Schutzpolizei dingfest gemacht. Der weichen Hochkapletten strebriechlich verlobte Schneider Richard Zimmermann, der als Rentnant Weiß aufzutreten pflegte, mit seinem richtigen Namen aber Fritz Weiß heißen soll, wurde in der Wohnung seiner Geliebten, der 19jährigen Frieda Schmidt, festgenommen. Seine Geliebte, die in den Rosenkätzchen angeheiratet ist, wurde gleich mitgenommen.

Bornleerich möchte die „Rote Fahne“ immer noch vorläufigen, um ihre blödsinnige Verächtlichkeit aufrechterhalten zu können, daß wir in der Charlottenburger Polizeiklasse den der Verhandlung beschuldigten Bornleerich das „Stichwort“ zu einer Ausrede gegeben hätten. Jetzt erzählt sie ihren Besuch, wir hätten aus dem vom Arzt beschleunigten Verleugern auf eine Strafenpraxis geschlossen und den Verhafteten der Ungehorsamkeit bezichtigt. Ist es auch Tollheit, hat es doch Methode!

Amerikanisches Weizenmehl. Auf den Abschnitt 88 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte entfielen 600 Gramm amerikanisches Weizenmehl zum Preise von 5,70 M. (4,75 je Pfund). Die Ausgabe erfolgt ohne Voranmeldung in der Zeit vom 13. bis zum 28. Februar in den durch rote Aushängeschilder kenntlich gemachten Verkaufsstellen, in den Verkaufsstellen der Meierei C. Bolle, sowie in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft und des Beamtenvereins für deren Mitglieder.

Bereitigung religiöser Sozialisten. Genosse Warrer Bieder hält morgen, Sonntag 10 Uhr in der Lutherkirche in Charlottenburg eine religiöse Feiernstunde.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Morgen, Sonntag, den 13. Februar:

1. Ust. Die Genossen werden gebeten, die Flugblätter beim Abteilungsleiter Schmitt, Kienitz 16, gegenwärtig abzuholen, und die Schmitt, am 10. abzugeben. 114, 116 und 116. Ost. (Niedersberg). Weitervermittlung am Sonntag, den 13. Februar, vorwiegend 10 Uhr am „Rosenkätzchen“, Rosenkätzchen. West. Berlin. Jungsozialisten (Drugsgruppe Erythrop). Wahlversammlung Sonntag, den 13. Febr. Treffpunkt 6 1/2 Uhr (mit Bahnhofs-Kontrollen am Hauptbahnhof).

## Theater der Woche.

### Vom 12. Februar bis 20. Februar.

Vollständiger: 12., 13., 17., 19. u. 20. Das Postamt. Die Komödie der Jesuiten. 14. nach Komödie. 1. Teil. 18. Das Mädchen von Helldorf. — Opernhaus: 13. Ueberbühnen. 14. Kolumbus und Wajana. 15. Signum. 16. Ritter Hansart. 17. Kasperl. 18. Der und Jammern. 19. Josephs-Legende. 20. Gullenspiele. 21. Gullenspiele. 22. Verlobung. 23. Josephs-Legende. — Opernhaus: 13. u. 19. König Ruzsch III. 14., 17. u. 21. Die Sterne. 15. Der wagt. 16. Kolumbus. 17. Eine einbüchlige Der Sturm. 18. Der Sturm. — Großes Schauspielhaus: 13. Die Wölfe. 14.-17., 19. u. 20. Florian Berger. 18. Danton. — Deutsches Theater: 13., 16., 18. Lohr und Leopold. 14. u. 17. Koberle und Diebe. 15. Faust I. 16. u. 20. Die Jungfrau von Orleans. — Kammertheater: 13. u. 15. Der polnische Dikt. 14. Die deutschen Reichshäupter. 15. Frühling. 16. Die Wölfe. 17. u. 20. Er ist ein allem schuld. Der Spieler. 18. Die Wölfe der Barbara. — Theater in der Königsgräber Straße: 13., 15., 17., 18. Kolumbus. 19. Hanswurst. 14. Ritter. 15., 16. Kolumbus. — Komisches Opernhaus: 13. Oberon. 14. Die Hühner. 15. Loco. 16. Der und Jammern. 17. Kasperl. 18. Kasperl. 19. Hofmanns Erzählungen. 20. Bohren. — Deutsches Theater: 13., 14., 18. Der ehemalige Leutnant. 15., 17. Helton. 16. u. 19. Der Hibernier. 20. Der Klaus.

Kgl. Die Wölfe: Der Mann des Schiffs. Neues Opernhaus: 13. u. 15. Die Wölfe. — Deutsches Schauspielhaus: Die Scheidungsaffäre. — Kammertheater: Das weiße Lammchen. — Berliner Theater: Die spanische Nachtigall. — Komisches Opernhaus: 13. Oberon. — Deutsches Theater: Die Wölfe der Barbara. — Theater in der Königsgräber Straße: 13., 15., 17., 18. Kolumbus. 19. Hanswurst. 14. Ritter. 15., 16. Kolumbus. — Komisches Opernhaus: 13. Oberon. 14. Die Hühner. 15. Loco. 16. Der und Jammern. 17. Kasperl. 18. Kasperl. 19. Hofmanns Erzählungen. 20. Bohren. — Deutsches Theater: 13., 14., 18. Der ehemalige Leutnant. 15., 17. Helton. 16. u. 19. Der Hibernier. 20. Der Klaus.

Kgl. Die Wölfe: Der Mann des Schiffs. Neues Opernhaus: 13. u. 15. Die Wölfe. — Deutsches Schauspielhaus: Die Scheidungsaffäre. — Kammertheater: Das weiße Lammchen. — Berliner Theater: Die spanische Nachtigall. — Komisches Opernhaus: 13. Oberon. — Deutsches Theater: Die Wölfe der Barbara. — Theater in der Königsgräber Straße: 13., 15., 17., 18. Kolumbus. 19. Hanswurst. 14. Ritter. 15., 16. Kolumbus. — Komisches Opernhaus: 13. Oberon. 14. Die Hühner. 15. Loco. 16. Der und Jammern. 17. Kasperl. 18. Kasperl. 19. Hofmanns Erzählungen. 20. Bohren. — Deutsches Theater: 13., 14., 18. Der ehemalige Leutnant. 15., 17. Helton. 16. u. 19. Der Hibernier. 20. Der Klaus.

